

**2024: Ich wünsche uns den Blick fürs Ganze – oder: ein Hilferuf an die Bundespolitik**

Im Mai 2023 hat das Schweizer Stimmvolk – wahrscheinlich mehrheitlich aus Vernunft und nicht aus Überzeugung – Ja gesagt zur OECD-Steuerreform. Damit erhielt der Bundesrat die Kompetenz, eine sogenannte Ergänzungssteuer für grosse, international tätige Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro einzuführen. So stellt die Schweiz auf Verlangen der OECD im Inland eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent dieser Unternehmen sicher. Unabhängig von der Diskussion über den Zeitpunkt der Einführung war uns allen klar, dass die Schweiz aufgrund des internationalen OECD-Steuerregimes einen der wichtigsten Standortfaktoren für grosse, internationale Unternehmen verliert: die moderate Unternehmensbesteuerung. Das Parlament hat auf Antrag der Kantone beschlossen, dass 75 Prozent der Mehreinnahmen – sofern sie denn eintreffen – die Kantone einbehalten können. Denn die Kantone wissen am besten, wie sie die eigene Standortattraktivität verbessern können.

In den Kantonen diskutieren wir seither intensiv, wie die allfällig eintreffenden zusätzlichen Unternehmenssteuer-Einnahmen wiederum in den Unternehmensstandort investiert werden sollen. Während sich moderate Steuern 1:1 in der Unternehmensrechnung widerspiegeln, sind zwar Investitionen in Grundlagenforschung, in Bildung und andere Massnahmen für Fachkräfte wichtig und gut, wirken aber nur indirekt.

Im Kanton Basel-Stadt wurde kürzlich ein umfassendes Massnahmenpaket für die familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet. Damit erhalten Eltern mit Wohnsitz in Basel-Stadt künftig die schweizweit höchste Unterstützung, wenn sie ihre Kinder in eine entsprechende Kita geben. Es handelt sich um eine von der kantonalen Politik auf die kantonalen Bedürfnisse und Finanzlage abgestimmte Massnahme, die indirekt dank der besseren Vereinbarung von Familie und Beruf auch dem Unternehmensstandort etwas bringen.

Im Kanton Baselland läuft derzeit ebenso ein Projekt zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Im Baselbiet sind die Gemeinden dafür zuständig, jedoch wird geprüft, welche Massnahmen der Kanton künftig beitragen soll. Im Gegensatz zu Basel-Stadt haben die 86 Gemeinden im Baselbiet «vo Schönebuch bis Ammel» oder von der städtischen Agglomeration bis ins ländliche Oberbaselbiet sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Ein typischer Grund für die föderalistische Aufgabenteilung, um den Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden und zielgerichtete Lösungen zu ermöglichen.

Obwohl die Kantone für die familienergänzende Kinderbetreuung zuständig sind und somit ungeachtet der Aufgabenteilung im Föderalismus und bestehender Massnahmen, arbeitet die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats WBK-S an der Einführung einer neuen sozialversicherungstechnischen Abgabe für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Lohn. Ähnlich den heutigen Familienzulagen sollen sie künftig eine Betreuungszulage zahlen, die schweizweit wiederum an Familien ausbezahlt wird, die ihre Kinder bis zu einem bestimmten Alter in eine familienergänzende Kinderbetreuungseinrichtung geben. Im Januar 2024 wird die WBK-S die Vernehmlassung dazu eröffnen.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen künftig zusätzliche Lohnabzüge abgeben in einer Zeit, in der eh schon alles teurer wird?

Unser lokales Gewerbe, das heute schon stark mit Teuerung und Regulierungskosten kämpft und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim besten Willen nicht noch Kita-Plätze mitfinanzieren kann, soll künftig höhere Lohnabgaben an eine neue Sozialversicherung bezahlen?

Internationale Grossunternehmen, die heute grösstenteils schon Kinderbetreuungsplätze privatwirtschaftlich anbieten und mit der OECD-Steuerreform nun höhere Steuern zahlen, sollen künftig gleich auch noch höhere Lohnabgaben berappen? Weshalb setzen wir uns in den Kantonen und Gemeinden tagtäglich mit Leidenschaft für unseren Lebens- und Arbeitsstandort ein, wenn der Föderalismus auf nationaler Ebene mit Füßen getreten wird und wir nicht mehr die auf unsere Standorte und Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen finden dürfen? Wer hat noch den Blick fürs Ganze, wenn es um die Verschlechterung der Bedingungen für unseren Wirtschaftsstandort und um zusätzliche Steuern und Abgaben geht?

Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches, gesundes, motiviertes 2024 mit viel Leidenschaft und Einsatzwille für unsere Wirtschaftsregion Basel!

*Saskia Schenker, Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel*